

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Jutta Krellmann, Susanne Ferschl, Matthias W. Birkwald, Fabio De Masi, Klaus Ernst, Sylvia Gabelmann, Katja Kipping, Pascal Meiser, Cornelia Möhring, Sören Pellmann, Bernd Riexinger, Jessica Tatti, Harald Weinberg, Pia Zimmermann, Sabine Zimmermann (Zwickau) und der Fraktion DIE LINKE.

Krankenstände in Deutschland

Die gesundheitlichen Belastungen von Beschäftigten steigen seit Jahren an, nicht erst seitdem die Digitalisierung der Arbeitswelt in aller Munde ist. Arbeitsverdichtung, Entgrenzung und zunehmender Stress machen den arbeitenden Menschen in Deutschland zu schaffen. Sie sind Arbeitshetze und ständigen Bewährungsproben ausgesetzt, die Erholung und Wohlbefinden beeinträchtigen. Immer häufiger führt dies dazu, dass Beschäftigte krank werden und nicht zur Arbeit gehen können. Eine Studie der Betriebskrankenkassen zeigt, dass die Fehltagelast von Beschäftigten ansteigen: Im Jahr 2016 war jeder Beschäftigte durchschnittlich 17 Tage krank, während es 2006 nur elf Tage waren (vgl. BKK Gesundheitsreport 2017). Psychische Belastungen tragen immer stärker zu dieser Entwicklung bei. Alleine zwischen 2012 und 2016 sind die Zahl der stressbedingten Fehltagelast von knapp 20 Millionen auf mehr als 30 Millionen pro Jahr gestiegen, wie die Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage 91 auf Bundestagsdrucksache 19/1979 ergeben hat.

Es sind vor allem bestimmte Diagnosen, wie Erkrankungen des Muskel-Skelettsystems und psychische Erkrankungen, die zu langen Krankschreibungen führen, worauf die Studie der DAK-Gesundheit (DAK-Gesundheitsreport 2018) hinweist. Im Jahr 2017 ging jeder fünfte Arbeitsunfähigkeitstag auf Erkrankungen des Muskel-Skelettsystems und jeder sechste auf psychische Erkrankungen zurück. Zudem gehen immer mehr Beschäftigte krank zur Arbeit. Rückenschmerzen waren 2017 die zweitwichtigste Einzeldiagnose unter den Ursachen für Arbeitsunfähigkeit. Jedoch ging nicht einmal jeder dritte, der in den letzten zwölf Monaten unter Rückenschmerzen litt, zum Arzt. Auch zeigt die Studie, dass Betroffene von Rückenschmerzen, die öfter an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit arbeiten, sich mit 30 bis 50 Prozent höherer Wahrscheinlichkeit krankmelden, als Beschäftigte, die fast nie an der Grenze der Leistungsfähigkeit arbeiten. Unter dem Strich verdichtet sich der Eindruck, dass krankmachende Arbeitsbedingungen ein zunehmendes Problem in Deutschland darstellen und es stellt sich die Frage nach dem Ausmaß dieser Entwicklung.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung hinsichtlich der Zahl der Arbeitsunfähigkeitstage in den Jahren 1997, 2007 sowie in den Jahren von 2013 bis 2018 vor (bitte gesondert für Bundesländer, Branchen, Betriebsgrößen, Alter und Geschlecht ausweisen)?
2. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Zahl der Fälle von Arbeitsunfähigkeiten in den Jahren 1997, 2007 sowie in den Jahren von 2013 bis 2018 vor (bitte gesondert für Bundesländer, Branchen, Betriebsgrößen, Alter und Geschlecht ausweisen)?
3. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung hinsichtlich der Dauer der Arbeitsunfähigkeit in den Jahren 1997, 2007 sowie in den Jahren von 2013 bis 2018 vor (bitte gesondert für Bundesländer, Branchen, Betriebsgrößen, Alter und Geschlecht ausweisen)?
4. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung hinsichtlich des Krankenstandes in den Jahren 1997, 2007 sowie in den Jahren von 2013 bis 2018 vor (bitte gesondert für Bundesländer, Branchen, Betriebsgrößen, Alter und Geschlecht ausweisen)?
5. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Beschäftigten, die sich aufgrund von Krankheit arbeitsunfähig gemeldet haben (Betroffenenquote) in den Jahren 1997, 2007 sowie in den Jahren von 2013 bis 2018 (bitte gesondert für Bundesländer, Branchen und Geschlecht ausweisen)?
6. Auf welche Diagnosen lassen sich die Arbeitsunfähigkeitstage nach Erkenntnissen der Bundesregierung in den Jahren 1997, 2007 sowie in den Jahren von 2013 bis 2018 anteilig zurückführen (bitte in absoluten Zahlen und prozentual bezogen auf alle Arbeitsunfähigkeitstage ausweisen, bitte nach Geschlecht und Alter differenzieren)?
7. Wie viele Arbeitsunfähigkeitstage je 100 Pflichtmitglieder gibt es aktuell nach Kenntnis der Bundesregierung; und wie stellt sich dieser Wert für die Jahre 1997, 2007 sowie in den Jahren von 2013 bis 2018 dar (bitte auch nach Geschlecht, Alter, Branchen und Bundesländern differenzieren; bitte auch die Arbeitsunfähigkeitstage je 100 Pflichtmitglieder differenziert nach Diagnosegruppen in absoluten Zahlen und jeweils als Anteil an allen Diagnosen ausweisen)?
8. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor über die Beschäftigten in Krankenhäusern hinsichtlich ihrer erkrankungsbedingten Fehlzeiten sowie des Krankenstandes und in stationären Pflegeeinrichtungen in den Jahren 1997, 2007 sowie in den Jahren von 2013 bis 2018 (bitte jeweils gesondert und nach Bundesländern sowie Betriebsgrößen geordnet ausweisen)?
9. Welche Erkenntnis liegen der Bundesregierung vor hinsichtlich der Arbeitsunfähigkeitstage und des Krankenstandes von Beschäftigten in Bundesministerien inklusive nachgeordneter Behörden und Institute in den Jahren 1997, 2007 sowie in den Jahren von 2013 bis 2018 vor (bitte jeweils gesondert für Bundesministerien, Behörden und Institute ausweisen; bitte nach Alter und Geschlecht differenzieren)?
10. In wie vielen der Fälle, für die gesetzlich ein solches vorgeschrieben ist, wurde nach Erkenntnissen der Bundesregierung tatsächlich ein Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) in den Jahren 1997, 2007 sowie in den Jahren von 2013 bis 2018 durchgeführt (bitte jeweils gesondert und nach Bundesländern sowie Branchen ausweisen)?

11. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor bezüglich des Anteils der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen, die auf Arbeitsunfälle zurückzuführen sind, in den Jahren 1997, 2007 sowie in den Jahren von 2013 bis 2018 (bitte prozentual und in Summe sowie gesondert nach Bundesländern sowie Branchen ausweisen, bitte nach Alter und Geschlecht differenzieren)?
12. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor bezüglich der Anzahl der Fälle, in denen Beschäftigten Krankengeld ausgezahlt wurde in den Jahren 1997, 2007 sowie in den Jahren von 2013 bis 2018 (bitte prozentual im Verhältnis zur Gesamtzahl der Beschäftigten und in Summe sowie gesondert nach Bundesländern sowie Branchen ausweisen)?
13. Welche Berufsgruppen weisen nach Kenntnis der Bundesregierung besonders erhöhte Werte bei den Arbeitsunfähigkeitstagen je 100 Pflichtmitglieder auf, und wie hoch sind die Werte jeweils?
14. Auf welche Diagnosen sind die Krankengeldfälle nach Kenntnis der Bundesregierung zurückzuführen (bitte sowohl relative als auch absolute Werte ausweisen, bitte jeweils gesondert und nach Bundesländern sowie Branchen ausweisen und nach Alter und Geschlecht differenzieren)?
15. In wie vielen Fällen sind nach Erkenntnissen der Bundesregierung Beschäftigte krank zur Arbeit gegangen (Präsentismus) in den Jahren 1997, 2007 sowie in den Jahren von 2013 bis 2018 (bitte absolut und prozentual sowie jeweils gesondert nach Bundesländern und Branchen ausweisen)?
16. Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die gesamtgesellschaftlichen Kosten, die durch Arbeitsunfähigkeitstage entstehen, aktuell, und wie haben sich diese Kosten seit dem Jahr 1997 entwickelt (sofern möglich bitte jährlich angeben)?
17. Welche arbeitsbedingten Ursachen für Arbeitsunfähigkeiten gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung, und welche dieser Ursachen sind hinsichtlich der Zahl und der Dauer der Arbeitsunfähigkeiten von besonderer Relevanz?

Berlin, den 21. August 2018

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

